

Jobs für die, die nicht arbeiten dürfen

Lobby.16 bietet Asylwerbern und Flüchtlingen Bildung und Berufsorientierung.

VON CLARA AKINYOSOYE

Essen und schlafen – ohne Möglichkeit auf Ausbildung oder Arbeit, sind Asylwerber zum Nichtstun verdammt. Die rechtliche Lage lässt es nur in Ausnahmefällen zu, dass sie einer Beschäftigung nachgehen. Besonders für junge Menschen ist das lange Warten und Nichtstun eine enorme Belastung, meint Veronika Krainz, Geschäftsführerin von lobby.16.

Der Verein hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, diesen Jugendlichen in Sachen Bildung und Arbeit eine Perspektive zu bieten. Die Angebote richten sich an unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte und Asylwerber bis 26 Jahre. Neben Deutsch und Computerkursen vermittelt der Verein jenen, die arbeiten dürfen – etwa anerkannten Flüchtlingen –, Schnupperpraktika und Lehrstellen bei verschiedenen Unternehmen. Je-

nen, denen die Möglichkeit zu arbeiten nicht gegeben ist, werden sogenannte Job-Shadowings vermittelt. Konkret: Die Jugendlichen verbringen höchstens zwei Wochen in einem Betrieb und können so die Arbeitswelt kennenlernen und sich „beruflich orientieren“, so Krainz. „Doch das ist alles sehr passiv gehalten. Sie dürfen nur zuschauen“, bedauert sie.

In der Warteschleife

Aliou B. aus Guinea hat ein solches Job-Shadowing absolviert. An der Rezeption eines Jugendhostels konnte der 22-Jährige zwei Wochen lang seine Fremdsprachenkenntnisse (Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch) ausnützen. „Mir hat es Spaß gemacht, die Chefin war happy und hätte gern gehabt, dass ich weiterarbeite.“ Da dies vom Gesetz her nicht möglich ist, sitzt B. nun wieder größtenteils zu Hause. Wenn es aber einen Kurs gibt, den er besuchen kann, laufe er dem

hinterher. Seit vier Jahren ist er in Österreich und wartet auf seinen ersten Asylbescheid. „Ich habe nach den Interviews nie wieder etwas gehört.“

Viele Jugendliche, die zu lobby.16 kommen – „durch Mundpropaganda oder Einrichtungen, die unsere Angebote kennen“ –, sind Asylwerber, erzählt Krainz. In jugendliche Zeit und Geld investieren, deren Verbleib in Österreich unsicher ist – vergebliche Mühe? Man könne die Jugendlichen nicht einfach in der Luft hängen lassen, während sie jahrelang auf ihre Bescheide warteten. Dass soviel Zeit verstreiche, sei ohnehin unzumutbar. Die Krainz'sche Lösung: ein „gescheitertes Zuwanderungssystem“ mit einer humanitären Quote. Das verhindere, dass Asyl beantragt werde, wenn keine Gefahr in Verzug sei. Aber dafür brauche man vor allem eines: eine andere Wahl.